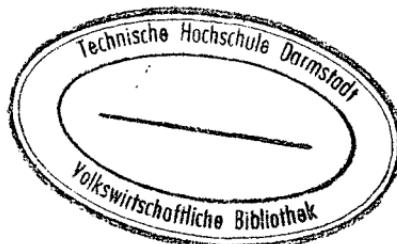


Joachim Lubig

Vermögensbildung
in Arbeitnehmerhand
durch Tariffonds

Eine branchenspezifische Analyse



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	13
Abkürzungs- und Symbolverzeichnis	15
I. Grundlagen der Untersuchung	19
1. Einführung in die Untersuchung	19
1.1 Zielsetzung der Untersuchung	19
1.2 Aufbau der Untersuchung	20
1.2.1 Grundsätzliches zur Vermögensbildung und -verteilung	20
1.2.2 Optionen für Vermögensbildungsstrategien	21
1.2.3 Entscheidungsebenen der Vermögensbeteiligung	23
1.2.4 Die branchenspezifische Analyse	25
1.2.5 Zusammenfassung und Ergebnisse	26
1.3 Zioloptionen der Tariffonds	26
1.4 Eingrenzung der Untersuchung	28
2. Grundsätzliches zur Vermögensbildung und -verteilung	30
2.1 Begriffliche Abgrenzung von Vermögen, Vermögensbildung und Vermögensbildungspolitik	30
2.2 Einkommens- und Verteilungssituation Anfang der 90er Jahre	36
2.2.1 Entwicklung der verfügbaren Einkommen und Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen	37
2.2.2 Ersparnisbildung und Sparquoten nach Haushaltsgruppen	40
2.2.3 Die Vermögensschichtung der privaten Haushalte	41
2.3 Aktuelle Befunde und Konsequenzen der Verteilungssituation	45
II. Optionen für Vermögensbildungsstrategien	50
3. Option I: Vermögensbildung durch staatliche Förderung	50
3.1 Ziele der staatlichen Vermögensbildungspolitik	50
3.2 Phasen der staatlichen Vermögensbildungspolitik	53
3.3 Kritische Würdigung der staatlichen Vermögensbildungspolitik	57
3.3.1 Interpretationsschwierigkeiten bei der Effizienzkontrolle	57
3.3.2 Probleme bei der Diversifikation in der Vermögensbildung	59
3.3.3 Förderung der Ersparnis- und Vermögensstrukturen	61
3.4 Konsequenzen aus den Defiziten der Vermögensbildungspolitik	63

4. Option II: Vermögensbildung durch betriebliche Beteiligung	64
4.1 Ziele der betrieblichen Beteiligung	65
4.2 Kritische Würdigung der betrieblichen Beteiligung	66
4.2.1 Kumulation von Arbeitsplatz- und Kapitalrisiko	66
4.2.2 Zur Problematik der Differenzierung der Arbeitnehmer	68
4.2.3 Liquiditätsrisiken bei einer betrieblichen Beteiligung	69
4.2.4 Widersprüche in der Evidenz der immateriellen Vorteile	70
4.3 Konsequenzen aus den Defiziten der betrieblichen Beteiligung	72
5. Option III: Vermögensbildung durch überbetriebliche Tariffonds	74
5.1 Konzeption vermögenspolitischer Tariffonds	74
5.2 Initiativen zur Einführung von Tariffonds	77
5.2.1 Das Erfolgsbeteiligungsmodell der IG Bau-Steine-Erden	79
5.2.2 Überbetriebliche Beteiligungen im Entwurf des Jahressteuergergesetzes (JStG) 1996 der Fraktionen der CDU/CSU und FDP	81
5.2.3 Ein überbetriebliches Investivlohnkonzept	83
5.2.4 Vergleich Erfolgsbeteiligungs- versus Investivlohnmodell	88
5.3 Kritische Würdigung der Tariffonds	92
5.4 Konsequenzen und Begründungen für Tariffonds	95
5.4.1 Gesellschafts- und ordnungspolitische Begründung	95
5.4.2 Regularien zur Vermeidung interessengeleiteter Konflikte	97
5.4.3 Informations- und transaktionskostenorientierte Begründung	99
5.4.4 Junktim aus der Risikenbegrenzung und Verbesserung der Eigenkapitalversorgung der Unternehmen	101
5.4.5 Harmonisierung von Mittelaufkommen und Mittelbedarf	103
5.5 Abgrenzung der Tariffonds zu syndikalistischen Modellen	104
5.5.1 Kollektive Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand	104
5.5.2 Zur Kritik am schwedischen Modell	107
6. Prüfung der rechtlichen Konformität und steuerrechtliche Behandlung von Tariffonds	109
6.1 Die gemeinsame Einrichtung als Rechtsinstitut von Tariffonds	109
6.1.1 Regelung der Mittelaufbringung in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen	110
6.1.2 Die Mittelverwendung durch die gemeinsame Einrichtung nach dem § 4 Abs. 2 Tarifvertragsgesetz	113
6.1.3 Prüfung der Erzwingbarkeit von Beteiligungsangeboten	121

6.2 Die steuerrechtliche Behandlung der Vermögensbeteiligung	122
6.2.1 Steuerliche Vorteile bei Zukunftssicherungsleistungen der Arbeitnehmer i. V. m. § 40b EStG	123
6.2.2 Steuerrechtliche Wirkungen beim Arbeitnehmer	125
6.2.3 Steuerrechtliche Wirkungen bei den Anlagegesellschaften	129
6.2.4 Steuerrechtliche Wirkungen bei den Beteiligungsunternehmen	130
6.3 Die Kosten der Konzepte	134
 III. Entscheidungsebenen der Vermögensbeteiligung	139
7. Darstellung der Entscheidungsebenen	139
 8. Mittelaufbringung des Vermögensbildungsbeitrags	143
8.1 Finanzierungsquelle des Vermögensbildungsbeitrags	143
8.1.1 Leistungen der Unternehmen als Lohnadditiv	143
8.1.2 Eigenleistung der Mitarbeiter als Lohnsubstitut	148
8.1.3 Subsidiäre Leistungen des Staates	155
8.2 Mittelaufbringung durch die investive Erfolgsbeteiligung	157
8.2.1 Mittelaufbringung durch Leistungsbeteiligung	158
8.2.2 Mittelaufbringung durch Ertragsbeteiligung	159
8.2.3 Mittelaufbringung durch Gewinnbeteiligung	163
8.2.4 Gewinn versus Nettowertschöpfung	164
 9. Bemessungsgrundlage des Vermögensbildungsbeitrags	167
9.1 Umverteilbare Gewinnanteile für die Vermögenspolitik	167
9.1.1 Das Differentialgewinntheorem als Grundlage einer erfolgsabhängigen Bemessungsgrundlage	168
9.1.2 Marktlagengewinne als Grundlage einer lohnbezogenen Bemessungsgrundlage	171
9.2 Möglichkeiten zur Abwälzung der Vermögensbildungsbeiträge	174
9.2.1 Überwälzung in Abhängigkeit von der Marktform	176
9.2.2 Rückwälzung durch Änderungen im Investitionsverhalten	181
9.3 Dynamik der Angleichung der Vermögensumverteilung	188
9.4 Erfolgsabhängige versus lohnabhängige Bemessungsgrundlage	191
9.4.1 Beschäftigungswirkung einer Vermögensbildungsabgabe	191
9.4.2 Problematik der Abwälzung und Gefahr der Kapitalflucht	196
9.4.3 Möglichkeiten für zweiphasige Tarifverhandlungen	198

10. Organisation und der rechtliche Rahmen der Tariffonds	200
10.1 Organisatorische Ausgestaltung der Fonds	200
10.1.1 Institutionelle Unabhängigkeit der Fonds	202
10.1.2 Dezentralisierung der Verfügungsrechte durch Tariffonds	203
10.2 Aufgaben und Geschäftspolitik der Fonds	206
10.2.1 Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Fondsakzeptanz	206
10.2.2 Risikoverteilung, Ertragserzielung und Liquiditätserhaltung	207
10.2.3 Konsequenzen für die Zusammenstellung der Portefeuilles	208
10.3 Der rechtliche Rahmen der überbetrieblichen Mittelverwendung	211
10.3.1 Grundlagen der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft	211
10.3.2 Grundlagen der Kapitalanlagegesellschaft	214
10.3.3 Zusammenfassende Beurteilung der Finanzintermediäre	219
11. Mittelzuteilung und mögliche Reaktionen der privaten Haushalte	222
11.1 Möglichkeiten der Individualverteilung	222
11.2 Reaktionen des freiwilligen Sparsens	225
11.2.1 Entsparprozesse nach Ablauf der Sperrfrist	226
11.2.1.1 Determinanten von Vermögensanlageentscheidungen	226
11.2.1.2 Zur Problematik der Nachhaltigkeit der Vermögenswerte	230
11.2.2 Substitution von freiwilligem durch administriertes Sparen	232
11.3 Konsequenzen aus dem Sparverhalten der Arbeitnehmer	232
IV. Die branchenspezifische Analyse	234
12. Charakterisierung der ausgewählten Branchen	234
12.1 Die chemische Industrie	235
12.1.1 Allgemeines zur Branchenstruktur	235
12.1.2 Kostenstruktur und Beschäftigtenverteilung	236
12.1.3 Marktentwicklung und Zukunftsperspektiven	238
12.1.4 Entwicklung in den neuen Bundesländern	239
12.2 Der Straßenfahrzeugbau	240
12.2.1 Allgemeines zur Branchenstruktur	240
12.2.2 Kostenstruktur und Beschäftigtenverteilung	241
12.2.3 Marktentwicklung und Zukunftsperspektiven	243
12.2.4 Entwicklung in den neuen Bundesländern	245

12.3 Die elektrotechnische Industrie	245
12.3.1 Allgemeines zur Branchenstruktur	245
12.3.2 Kostenstruktur und Beschäftigtenverteilung	247
12.3.3 Marktentwicklung und Zukunftsperspektiven	248
12.3.4 Entwicklung in den neuen Bundesländern	249
12.4. Der Maschinenbau	250
12.4.1 Allgemeines zur Branchenstruktur	250
12.4.2 Kostenstruktur und Beschäftigtenverteilung	251
12.4.3 Marktentwicklung und Zukunftsperspektiven	253
12.4.4 Entwicklung in den neuen Bundesländern	254
12.5 Das Baugewerbe	255
12.5.1 Allgemeines zur Branchenstruktur	255
12.5.2 Kostenstruktur und Beschäftigtenverteilung	256
12.5.3 Marktentwicklung und Zukunftsperspektiven	258
12.5.4 Entwicklung in den neuen Bundesländern	259
13. Das Erfolgsbeteiligungsmodell der IG Bau-Steine-Erden	260
- Übertragbarkeit und branchenspezifische Adaptionen	
13.1 Diskussion der Modellelemente	260
13.1.1 Zur Mittelaufbringung und Bemessungsgrundlage	260
13.1.1.1 Zur Nettowertschöpfung als Bemessungsgrundlage	260
13.1.1.2 Zur Belastung der Unternehmen nach Leistungsfähigkeit	263
13.1.1.3 Zu den Reaktionen der Unternehmen	265
13.1.2 Zur Mittelverwendung der Vermögensbildungsbeiträge	267
13.1.2.1 Das Insolvenzrisiko in den betrachteten Branchen	267
13.1.2.2 Breitenwirkung und Konzentrationstendenzen	271
13.1.3 Zum rechtlichen Rahmen der Mittelverwendung	272
13.1.4 Zur Regionalisierung der Mittel	274
13.1.5 Zur Mittelzuteilung an die Arbeitnehmer	275
13.2 Zu den Änderungen im Entwurf des Jahressteuergesetzes 1996	277
13.3 Vermögenszuwachs im 10-Jahres-Zeitraum	280
13.4 Schlußfolgerungen aus der branchenspezifischen Analyse	284
V. Zusammenfassung und Ergebnisse	286
Literaturverzeichnis	309